

Forget the COPs

Aktion Noch redet niemand über den Klimagipfel 2015 in Paris - das sollte auch so bleiben

Von Benjamin Hut

Mit ihrem Artikel »Good COP, bad COP« in ak 589 reiht sich Katharina Kutzias in die öffentliche Berichterstattung ein, die die Klimaverhandlungen in Warschau als einen Tiefpunkt ansieht. Doch die Klimaverhandlungen waren bereits vor dem Klimagipfel in Kopenhagen 2009 tot. Anders als Kutzias suggeriert, hatten radikale linke KlimaaktivistInnen damals keine Erwartungen an den dortigen Gipfel. Auch mit der Analyse des Problems war die radikale Linke damals schon weiter. Wieso fragt Kutzias also anlässlich des Klimagipfels in Warschau erneut, ob sich die Klimaverhandlungen als Arena für Proteste eignen? Anscheinend haben einige die damaligen Debatten in der Linken nicht mitbekommen. Ein guter Anlass, noch einmal darauf einzugehen, worum es der radikalen Linken in Kopenhagen ging und was aus den Erfahrungen zu lernen wäre.

Breite Mobilisierung, massive Repression

Die Mobilisierung nach Kopenhagen sowie die internationalen Netzwerke wie z.B. die aus mehr als 100 Organisationen und Einzelpersonen bestehende Climate Justice Action (CJA) waren eine beeindruckende Erfahrung. Der Austausch zwischen radikalen linken Klimabewegten aus Europa mit Graswurzel-NGOs aus dem Süden war geprägt von gegenseitigem Respekt und spannenden Debatten. Doch das bedeutete eben auch, Kompromisse mit diesen progressiven NGOs einzugehen.

Der im deutschen Klimabewegungsnetzwerk formulierte Aufruf, »den Gipfel massiv zu stören«, war daher bei CJA nicht durchzusetzen, da einige Organisationen doch noch Hoffnungen in den Gipfel setzten. Das Ergebnis war schlussendlich die Aktion »Reclaim Power«, die als Hybrid aus Blockade und appellativem Protest nur wegen der massiven Polizeirepression von den Medien wahrgenommen wurde. Im Nachhinein zeigte sich: Wir hatten mit unserer Analyse Recht, dass der Gipfel keine relevanten Veränderungen bringen würde, konnten jedoch von dieser Position wenig auf der Straße vermitteln.

Stattdessen ist Kopenhagen im Gedächtnis geblieben als Ort funktionierender Polizeistrategien. Einige größere Aktionen wurden komplett verhindert, Massenverhaftungen von über 2.000 DemonstrantInnen schufen ein Klima der Angst. Es gab präventive Verhaftungen - ermöglicht durch die für den Gipfel ausgerufenen Sonderrechte -, und einige dänische AktivistInnen landeten infolge der Proteste im Gefängnis.

Mit der danach bekannt gewordenen Unterwanderung der Bewegung durch den britischen Polizeispitzel Marc Kennedy hatten und haben noch Jahre danach AktivistInnen aus unseren Zusammenhängen zu kämpfen. Wie da jemand »seufzend an Kopenhagen« denken kann (wie Kutzias schreibt), ist schwer nachvollziehbar. Denn das, was die radikale Linke in Kopenhagen wollte - nämlich klarmachen, dass Klimawandel und Kapitalismus untrennbar zusammenhängen -, wurde auch durch das Vorgehen der Polizei unsichtbar gemacht.

Wieso war Kopenhagen eigentlich als Ort für Proteste gewählt worden? Ein Jahr zuvor hatte es kaum Proteste gegen den Klimagipfel im polnischen Poznan gegeben, von einer großen Bewegung war dort nichts zu spüren gewesen. Kopenhagen schien vor allem als Stadt mit einer damals widerständigen Kultur der Straße (infolge der Räumung des Ungdomshuset) als ein interessanter Ort. »Da geht was«, hieß es etwas platt gesprochen, und eine entsprechende Motivation bei den

dänischen AktivistInnen war auch im Vorfeld des Gipfels zu spüren. Das bekannte appellative Gipfelritual der letzten Jahre zu durchbrechen, schien in Kopenhagen möglich. Angesichts des Scheiterns des Gipfels stellt sich die Frage, ob ein anständiger Riot nicht genau das richtige antagonistische Moment gegenüber dem »Weltklimaretter-Gipfel« gewesen wäre.

Was ist geblieben?

Das internationale Netzwerk CJA ist nicht mehr existent - trotz aller Behauptungen, man wolle kein bloßes Gipfevent machen und stattdessen Netzwerke über Kopenhagen hinaus aufbauen. Es stellt sich daher die Frage, was eine linke Klimabewegung überhaupt auf den Gipfeln will. Die innerhalb von CJA vor Kopenhagen geführten Auseinandersetzungen darüber, inwiefern die Gipfel legitim sind und ob sie Möglichkeiten zu einer Intervention bieten, wären in einer neuen Bewegung wieder die gleichen. Einen Mehrwert hätten Proteste, wenn der grundlegende Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Naturzerstörung sicht- und hörbar gemacht werden könnte.

Doch die Ausgangslage ist seit Kopenhagen eine ganz andere. Die Klimagipfel haben sich selbst delegitimiert, und die gesellschaftliche Aufmerksamkeit für die Gipfel und das Klimathema ist insgesamt zurückgegangen. Das Klimabewegungsnetzwerk vermutete damals, dass der Gipfel »den Kapitalismus in eine neue, grüne Ära« führen würde, doch das scheint ja gar nicht notwendig gewesen zu sein. Die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ist aus der öffentlichen Debatte verschwunden und blitzt nur noch kurz anlässlich der Klimagipfel und einzelner Katastrophen auf.

Paris 2015 - oder etwas ganz anderes

Was wäre also beim Klimagipfel 2015 in Paris zu gewinnen, über den einige bereits als nächstes Event nachdenken? Ziel einer radikalen Linken kann nicht sein, dem Gipfel durch Proteste wieder mehr Legitimität zu verpassen, wo die Verhandlungen doch weiter vor allem auf falsche und marktbasierende Lösungen zielen. Proteste, die den Gipfel mit einem radikalen »Nein« angehen und deutlich machen, dass die Katastrophe Kapitalismus heißt - wie wir sie in Kopenhagen vielleicht gerne gehabt hätten -, wären angesichts der aktuellen Legitimationskrise der Klimagipfel schwer vermittelbar.

Die radikale Linke hat bei den Klimagipfeln daher zur Zeit nichts zu gewinnen, sondern läuft vielmehr Gefahr, Energie in Politik zu stecken, die letztendlich großen NGOs wie Germanwatch und WWF in die Hände spielt. Diese vertreten eine ganz andere Agenda, sehen im Kapitalismus kein Problem und würden einem wie auch immer gearteten Abkommen sogar zentrale Themen wie Klimagerechtigkeit opfern.

Der Fokus aufs Lokale war die richtige Antwort auf das Scheitern von Kopenhagen. Aktionen wie etwa die Klimacamps im Rheinland haben eine vor Kopenhagen nicht dagewesene Dynamik entwickelt. Dafür fehlt es in den letzten Jahren aber an einer internationalistischen Praxis zur Klimafrage - einer Bewegung, die Umweltfragen auch als soziale Probleme sieht und Verknüpfungen zu Kämpfen aus anderen Teilen der Erde sucht.

Spannende Ansätze gab es dazu im letzten Jahr bei der Hamburger Hafenblockade gegen das Kohlekraftwerk Moorburg, die in enger Zusammenarbeit mit Organisationen aus Abbaugebieten in Kolumbien stattfand. Auch die Vernetzung mit Bewegungen aus Mali, die dort gegen den Uranabbau kämpfen, oder das Anti-Atom-Camp in Polen sind wichtig in einer Zeit, in der vielen Deutschen das Atomthema gelöst zu sein scheint. Denn vor allem im internationalen Kontext ist dieses Thema noch immer aktuell - und zwar gerade durch die Verknüpfung mit der Klimafrage.

Dies sind zarte Ansätze eines Internationalismus zum Klimathema, die spannender erscheinen, als sich auf den nächsten Klimagipfel mit unklarem Mehrwert zu fokussieren. Bisher bleibt jedoch in den meisten Aufrufen zu Camps und Kampagnen die globale Dimension eine bloße Floskel. Wie ein neuer Internationalismus zur Klimafrage aussehen und eine ähnliche Dynamik wie damals vor

Kopenhagen erzeugt werden kann, muss hier offen bleiben. Doch die Frage sollten wir uns erneut stellen - und vielleicht kann es ein weiteres Mal der Ort für eine solche Debatte sein.

Benjamin Hut war Teil von CJA und ist aktiv im BUKO-Arbeitsschwerpunkt Gesellschaftliche Naturverhältnisse (GesNat).